

BEGUTACHTETER ARTIKEL**Arbeitsmarktinstitutionen, Kapitalakkumulation und Arbeitslosigkeit in OECD-Ländern****Philipp Heimberger*****1. Einleitung**

Die Wirtschaftskrise der Jahre 2008/2009 zog in den meisten entwickelten Volkswirtschaften einen markanten Anstieg der Arbeitslosigkeit nach sich.¹ In der Eurozone stieg die Arbeitslosenquote von 7,6% im Jahr 2008 auf 12% im Jahr 2013 an, um bis zum Jahr 2018 auf 8,4% abzusinken. Dabei waren die Unterschiede in der Arbeitsmarktentwicklung zwischen den Eurozonenländern erheblich.² Obwohl die Arbeitslosenquoten in den entwickelten Volkswirtschaften nach dem krisenbedingt starken Anstieg wieder gefallen sind, verbleibt die Arbeitslosigkeit in mehreren Ländern weiterhin deutlich über dem Vorkrisenniveau. Führen „Arbeitsmarktrigiditäten“, also inflexible Arbeitsmarktinstitutionen, zu persistent hoher Arbeitslosigkeit, vor allem in weiten Teilen Europas? Diese Frage spielte sowohl in der akademischen Literatur als auch in den wirtschaftspolitischen Debatten der letzten Jahre eine prominente Rolle.³ Die Vorstellung, wonach die gestiegene Arbeitslosigkeit reduziert werden könne, indem die Arbeitsmärkte der betroffenen Länder dereguliert werden (z. B. durch Lockerung von Arbeitsschutzbestimmungen, Dezentralisierung von Lohnverhandlungen, Senkung von Mindestlöhnen etc.) hatte seit dem Ausbruch der Krise erheblichen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik: Innerhalb Europas setzten insbesondere die südeuropäischen Länder umfassende Deregulierungsmaßnahmen ihrer Arbeitsmärkte durch, was zu intensiven Auseinandersetzungen mit deren makroökonomischen Effekten führte.⁴

* Das Sozialministerium stellte finanzielle Mittel für die Forschung bereit, die diesem Papier zugrunde liegt. Der Autor dankt Mario Holzner, Armon Rezai, Robert Stehrer, einem anonymen externen Begutachter sowie den TeilnehmerInnen an der Young Economists Conference 2018 in Wien für wertvolle Hinweise und Kommentare. Alle verbliebenen Fehler sind meine eigenen.